

14

Länderinformation

Irak

Katharina Baumschlager
Mag. Sabina Catar

.BAA



REPUBLIK ÖSTERREICH
BUNDESASYLAMT



Integration fördern.
Chancen sichern.

www.integrationsfonds.at

Länderinformation n°14

Irak

Jänner 2012

Katharina Baumschlager

Mag. Sabina Catar

Staatendokumentation des Bundesasylamtes

Die Daten im Community-Teil wurden vom Österreichischen Integrationsfonds zusammengestellt.

Das Produkt und die darin enthaltenen Daten sind urheberrechtlich geschützt. Die Werknutzungsrechte sind dem Bundesministerium für Inneres und dem Österreichischen Integrationsfonds vorbehalten. Ohne vorherige schriftliche Zustimmung des Bundesministeriums für Inneres und des Österreichischen Integrationsfonds ist die Vervielfältigung und Verbreitung der Daten sowie deren kommerzielle Nutzung nicht gestattet. Weiters ist untersagt, die Daten ohne vorherige schriftliche Zustimmung des Bundesministeriums für Inneres und des Österreichischen Integrationsfonds ins Internet zu stellen, und zwar auch bei unentgeltlicher Verbreitung. Eine zulässige Weiterverwendung ist jedenfalls nur mit korrekter Quellenangabe gestattet. Der Inhalt der Publikation wurde mit größtmöglicher Sorgfalt recherchiert, Fehler im Bearbeitungsvorgang sind dennoch nicht auszuschließen. Eine Haftung für die Richtigkeit, Vollständigkeit und Aktualität der Inhalte kann trotz sorgfältiger Prüfung nicht übernommen werden. Das Bundesministerium für Inneres und der Österreichischen Integrationsfonds, alle Autorinnen und Autoren und andere Mitwirkende an der Publikation übernehmen keinerlei Haftung für eventuelle Schäden oder Konsequenzen, die insbesondere durch die direkte oder indirekte Nutzung der angebotenen Inhalte entstehen.

© 2012 BM.I / Österreichischer Integrationsfonds

Das gegenständliche Produkt der Staatendokumentation des Bundesasylamtes und des Österreichischen Integrationsfonds wurde gemäß den vom Staatendokumentationsbeirat definierten Standards erstellt. Das Produkt erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit, und es ergeben sich hieraus keine Schlussfolgerungen für die rechtliche Beurteilung eines konkreten Asylverfahrens. Das vorliegende Dokument kann insbesondere auch nicht als politische Stellungnahme seitens der Staatendokumentation oder des Bundesasylamtes gewertet werden. Das gegenständliche Produkt basiert zur Gänze auf den zitierten Quellen. Soweit in diesem Text auf natürliche Personen bezogene Bezeichnungen nur in männlicher Form angeführt sind, beziehen sie sich auf Frauen und Männer in gleicher Weise.

Zusammenfassung

Der Irak wurde nach dem Ersten Weltkrieg von Großbritannien aus drei ehemaligen osmanischen Provinzen geschaffen und verfügt über eine große Vielfalt an ethnischen und religiösen Gruppen (arabische Schiiten und Sunniten, Kurden u.a.) mit unterschiedlichen Interessen. Dies war im Laufe der irakischen Geschichte wiederholt von Bedeutung und führte immer wieder zu Konflikten.

Die Geschichte des Irak ist von der langen autoritären Herrschaft der Baath-Partei von 1968 bis 2003 und besonders von Saddam Hussein geprägt. Unter ihm erlebte der Irak drei zwischenstaatliche Kriege, sowie die Niederschlagung von Aufständen. 2003 wurde Saddam Hussein im Zuge der von den USA angeführten Invasion gestürzt. Die Zeit danach war einerseits vom versuchten Aufbau neuer Institutionen – besonders des Sicherheitsapparats – und andererseits wachsender Gewalt mit konfessionellen Aspekten geprägt. Ab 2007 brachten diverse Maßnahmen, wie z.B. die Aufstockung der US-Truppen eine Verbesserung der Lage, die jedoch nicht von einer politischen Stabilisierung begleitet wurde. Deshalb bleibt offen, wie sich die Sicherheitslage besonders nach einem vollständigen Abzug der US-Truppen Ende 2011 weiterentwickeln wird.

Die irakische Ökonomie ist stark von der Ölförderung und dem Ölexport abhängig. Die aufstrebenden Tendenzen der Wirtschaft und sozioökonomischen Verbesserungen in den siebziger Jahren wurden nach und nach durch die Kriege und durch die gegen den Irak verhängten Sanktionen zunichte gemacht. Die instabile Sicherheitslage nach 2003 wirkte sich ebenfalls negativ aus, so dass erst wieder mit der Verbesserung der Sicherheitslage die Investitionen zunahmen.

In Österreich leben mit Stichtag 01. Jänner 2011 2.282 Personen mit Irakischer Staatsbürgerschaft, die Mehrheit davon in Wien. Viele Iraker kamen in den letzten Jahrzehnten in Folge eines Asylantrages ins Land - der Irak stand 2010 an zehnter Stelle der antragsstärksten Nationen in der Asylstatistik.

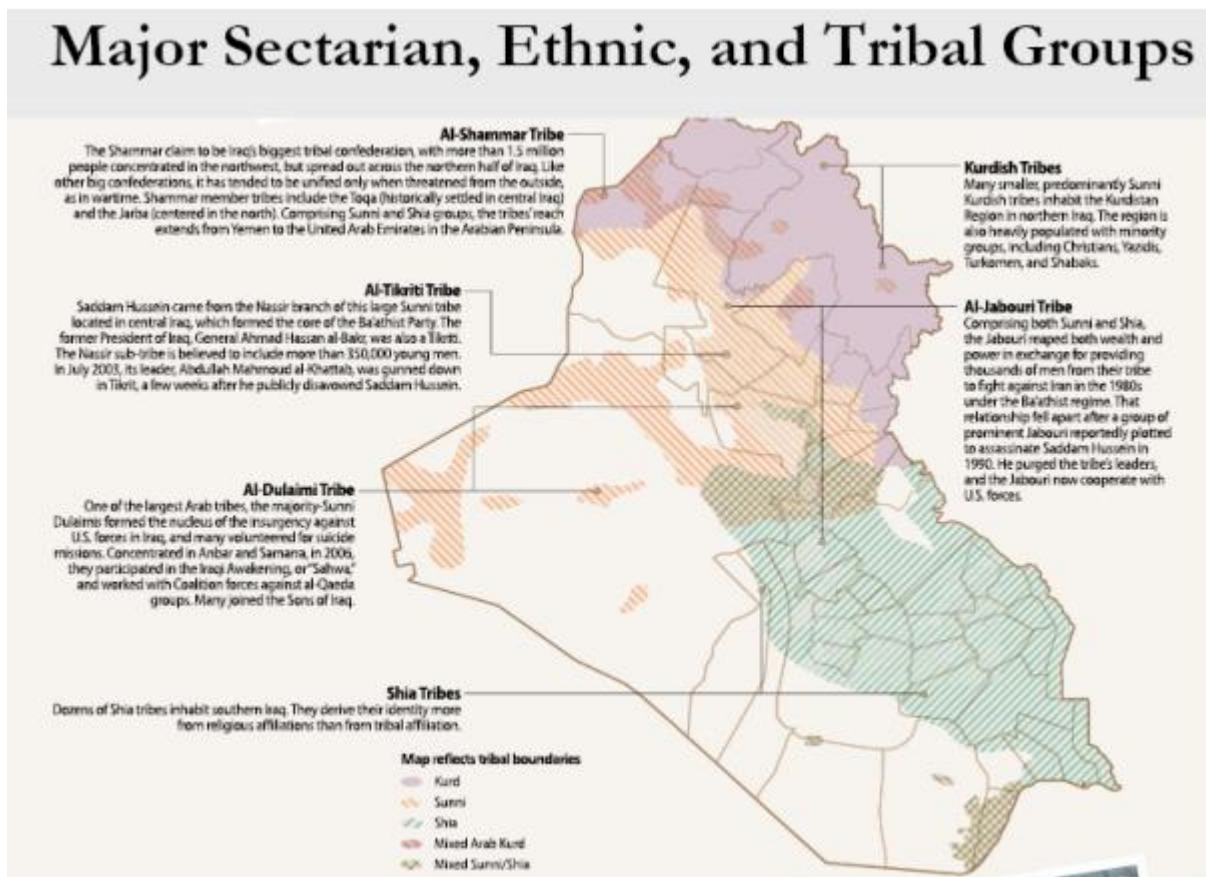
Inhalt

Zusammenfassung	3
Inhalt	4
1. Geschichte	5
2. Die Sicherheitslage (Stand: 31.08.2011)	16
3. Wirtschaft	21
4. Sozioökonomie	23
4.1 Gesundheitswesen	23
4.2 Infrastruktur: Wasser und Strom	24
4.3 Unterkunft, IDPs und Flüchtlinge	24
4.4 Beschäftigung und Versorgung	25
4.5 Bildung	26
5. Irakische Community in Österreich	28
5.1 Demografische Daten	28
5.2 Asylzahlen	28
5.3 Arbeitslosigkeit und Erwerbstätigkeit	30
6. Literaturverzeichnis	31

1. Geschichte

Nach Ende des Ersten Weltkrieges übernahm Großbritannien die Mandatsverwaltung der drei ehemaligen osmanischen Provinzen Mossul, Bagdad und Basra, die ökonomisch völlig unterschiedlich ausgerichtet waren, wenig gemein hatten und keinerlei politische Einheit darstellten. Die drei Provinzen verfügten zusammengenommen über eine der religiös und ethnisch vielfältigsten Bevölkerung des arabischen Raums. Die Bildung des Staates Irak war daher von besonders großen Herausforderungen begleitet, zumal in den ländlichen Gebieten Stammeskonföderationen den Ton angaben, und die osmanische Präsenz auf die Städte beschränkt war (Cleveland 2004: 204-205):

Major Sectarian, Ethnic, and Tribal Groups



Quelle: CSIS - Center for Strategic & International Studies (Anthony H. Cordesman): Iraq in Transition: Governance, Politics, Economics, and Petroleum, 02.08.2011: http://csis.org/files/publication/110802_iraq_gov_econ.pdf ; Zugriff am 31.08.2011

Die Bevölkerung bestand aus arabischen Schiiten und Sunniten sowie Kurden und vielen kleineren ethnischen und religiösen Minderheiten (Schäbler 2003: 243-244).

Großbritannien richtete eine Monarchie in dem neuen Staat Irak ein und setzte Faisal aus der hashemitischen Dynastie, die aus dem heute saudiarabischen Hedschas stammte, auf den Thron. Die britische Dominanz zusammen mit einer kleinen Gruppe von ehemaligen sunnitischen (Cleveland 2004: 209) osmanischen Beamten rund um den jeweiligen König blieb auch unter Faisals Nachfolger trotz formaler Unabhängigkeit im Jahr 1932 (BBC News 2011b) bis nach dem Zweiten Weltkrieg bestehen. Dies führte zu sechs Putschen irakischer Militärs zwischen 1936 und 1941, die eine echte Unabhängigkeit zum Ziel hatten. Die Putschisten beließen jedoch den König auf dem Thron und setzten jeweils einen Premierminister aus der alten Elite ein, obwohl das parlamentarische System aufgrund der instabilen Lage schwach und wenig funktionsfähig war (Schäbler 2004: 245). Bis zum Jahr 2003 sollten die arabischen Schiiten von der Anteilhabe an der Macht ausgeschlossen bleiben (Cleveland 2004: 209). Die Gaylani Revolte führte 1941 zu bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen irakischen und britischen Truppen. Nach der Niederschlagung des Aufstands stand der Irak bis zum Kriegsende unter britischer Militärbesatzung, was die irakische Führungsspitze weiter an Ansehen in der Bevölkerung verlieren ließ (Cleveland 2004: 211-212).

In den 1950er Jahren griffen so wie in anderen arabischen Ländern – allen voran Ägypten – politisierte Offiziere mit Reformideen und einer nationalistischen Ideologie nach der Macht. Im Fall des Irak war dies Brigadier Abd al-Karim Qassem: König Faisal II. sowie die alte Garde um ihn wurden 1958 (BBC News 2011b) getötet und der Irak zur Republik erklärt. Qassem wurde ihr Präsident, bis er selbst 1963 von Putschisten getötet wurde (Schäbler 2003: 246). Qassem änderte den außenpolitischen Kurs in Richtung Sowjetunion und beendete die Mitgliedschaft im pro-amerikanischen Bagdad-Pakt. Innenpolitisch setzte er auf eine Landreform, in einem Staat, der von sozialem Elend, großer Landflucht und einer ungleichen Verteilung des Bodens geprägt war (Schäbler 2003: 246):

„Er war der erste Machthaber, der bereit war, auf die Wünsche der Kurden nach Autonomie und der Schiiten auf Beteiligung am Staat, einzugehen. Er war jedoch nicht gewillt, Macht zu teilen. Weder unter ihm, noch unter seinen Nachfolgern bis 1968 (von 1963 bis 1968 waren die Brüder Arif an der Macht) gab es Wahlen.“ (Schäbler 2003: 246)

Die Spaltung der irakischen Bevölkerung verunmöglichte die vollständige Umsetzung der neuen politischen Ziele in der Zeit von 1958 bis 1968 (Cleveland 2004: 328-329).

In der Zeit ab 1963, unter den Brüdern Arif, zeichnete sich jedoch eine für die Zukunft des Irak wichtige Entwicklung ab – der Aufstieg von Saddam Hussein in der Baath-Partei:

Aufgrund des Putsches von 1963 konnte Saddam Hussein ins Land zurückkehren, nachdem er dieses nach einem gescheiterten Attentat auf Qassem 1959 verlassen hatte müssen. Mit Hilfe eines entfernten Verwandten, Hassan Abu al-Bakr, machte er Karriere in der Baath-Partei und nahm sich dabei Nasser und Stalin zum Vorbild (Schäbler 2003: 246-247).

Dies war nicht die einzige wichtige Entwicklung der Zeit: Die schiitische Mehrheitsbevölkerung organisierte sich erstmals in der Partei al-Dawa al-Islamiyya und forderte eine Demokratie. Auch im Norden des Irak änderte sich die politische Landschaft: Jallal Talabani verließ die Kurdisch-Demokratische Partei von Mustapha Barzani, um seine eigene Partei, die Patriotische Union Kurdistan, ins Leben zu rufen. Ziel der kurdischen Bestrebungen waren entweder Autonomie im Irak oder ein eigener Staat (Schäbler 2003: 247).

Unterdessen stieg Saddam Hussein in der verbotenen (Cleveland 2004: 408) Baath-Partei zum Stellvertreter von al-Bakr auf und als 1968 der Putsch gelang, wurde er auch Stellvertreter des nunmehrigen Präsidenten und Premierminister al-Bakr. Missliebige Personen im Militär und der Bürokratie wurden inhaftiert oder öffentlich hingerichtet (Schäbler 2003: 248). Bewohner aus Takrit (darunter Verwandte von al-Bakr und Saddam Hussein) stiegen nun in Machtpositionen auf. Die Baath-Partei dominierte und kontrollierte immer mehr Staat und Gesellschaft (Cleveland 2004: 409-410). Saddam Hussein baute seine Macht weiter aus:

„Ein Jahrzehnt lang hatte Saddam als Sicherheitschef der Baath-Partei seine Machtbasis systematisch erweitert, Rivalen ausgeschaltet, das Militär gefügig gemacht, die Ölindustrie verstaatlicht, massiv aufgerüstet sowie Gewalt und Brutalität auf ein neues, extremes Niveau geführt (Bierling 2010: 10).“

Das 1970 von Saddam Hussein mit den Kurden ausgehandelte Abkommen über ihre Autonomie hielt nicht und die Spannungen mündeten 1974-1975 in einen Krieg, in dem die Kurden anfangs Unterstützung vom Iran erhielten. Der Schah empfand die Ideologie der Baath-Partei des Irak, seine Ziele im Golf und dessen Waffenkäufe bei der UdSSR als Bedrohung. Das irakische Regime konnte nach einem Abkommen mit dem Iran den kurdischen Aufstand niederschlagen. Die Kurden erhielten teilweise Autonomie und Entwicklungshilfegelder. Gleichzeitig wurden allerdings 250.000 Kurden in andere Gebiete umgesiedelt, und stattdessen Araber in dieser Region angesiedelt. So wurden die kurdischen Bevölkerungsanteile in ethnisch heterogenen Gebieten verringert (Cleveland 2004: 410-411).

1979 trat al-Bakr schließlich zurück, nachdem Saddam Hussein seinen politischen Ziehvater sukzessive entmachtet hatte. Saddam Hussein war nun Präsident, Generalsekretär der Baath-Partei, Oberbefehlshaber des Militärs und Vorsitzender des Revolutionären Kommandorats in einer Person. Ca. 60 Hinrichtungen von angeblichen Verrätern im Revolutionären Kommandorat und in der Baath-Parteispitze folgten – darunter auch ehemalige Freunde des neuen Machthabers. Mittels der Verteilung des Films von der Verlesung der Liste der „Verräter“ und deren Abführung demonstrierte Saddam Hussein dem ganzen Land seine Macht (Schäbler 2003: 248).

1977 und 1979 kam es zu Demonstrationen der arabischen Schiiten gegen das Regime. Die Schiiten des Südirak – angeführt von ihren Geistlichen und repräsentiert in der al-Dawa al-Islamiyya – lehnten den Säkularismus der Baath-Partei, das Fehlen von Schiiten in Führungspositionen des Staates und das Bestreben der Baath-Partei, alle gesellschaftlichen Institutionen (auch die religiösen) zu durchdringen, ab. Das Regime wiederum verdächtigte die Schiiten mit der Islamischen Revolution im Iran zu sympathisieren, zumal Revolutionsführer Khomeini offen zum Sturz Saddam Husseins aufrief (Cleveland 2004: 411-412, 416).

Die Modernisierung der 1970er Jahre eröffnete den Irakern neue wirtschaftliche Möglichkeiten, und sie profitierten von besseren öffentlichen Leistungen. Dadurch stieg die Akzeptanz für Saddam Hussein, doch seine Außenpolitik machte die sozioökonomischen Fortschritte wieder zunichte (Schäbler 2003: 248-249).

Die alte irakisch-iranische Rivalität, in Bezug auf die Kurdenfrage und die Staatsgrenzen verschärfte sich mit der Islamischen Revolution im Iran im Jahr 1979. Im Jahr 1980 griff Saddam Hussein mit Rückendeckung der Golfmonarchien und der USA den Iran an. An Stelle des erwarteten Blitzkriegs folgten 8 Jahre des „längsten konventionellen Kriegs des 20. Jahrhunderts“ (Cleveland 2004: 415-416).

Der Irak setzte in diesem Krieg Giftgas ein – unter anderem 1988 in Halabja, nachdem die Stadt im Nordirak sich kurzzeitig in iranischer Hand befunden hatte. Laut Cleveland starben 5.000 kurdische Zivilisten durch das Giftgas. Die meisten arabischen Schiiten im Irak blieben ihrem Land gegenüber loyal, was z.B. mit höheren Positionen für Schiiten belohnt wurde, während das Regime gleichzeitig die Unterdrückung jeglichen Abweichens von der vorgegebenen Linie fortsetzte (Cleveland 2004: 418-419). 250.000 Schiiten mit angeblich iranischer Abstammung wurden vertrieben. Das Bekämpfen der kurdischen Aufständischen kulminierte in der Ermordung von 50.000 bis 100.000 Kurden im Rahmen der „Anfal Kampagne“ im Jahr 1988 (International Crisis Group 2010). Auch dabei kam laut Hiltermann

Giftgas gegen Dörfer zum Einsatz und in der Gegend von Germian wurden systematisch ganze Familien ausgerottet. Das Muster der Ermordungen legt nahe, dass das Ziel war, die Kurden in der ölfreien Umgebung der Stadt Kirkuk völlig zu eliminieren und in den anderen Gebieten durch die Hinrichtung aller Männer und Burschen zwischen ca. 15 und 60 Jahren den kurdischen Gruppen alle tatsächlichen oder potentiellen Kämpfer ein für alle Mal zu nehmen. Human Rights Watch und in Folge das US-Department of State sahen die Definition eines Genozids gemäß der Konvention gegen Genozid von 1948 erfüllt (Hiltermann 2008: 7,12).

Im Iran-Irak-Krieg starben 262.000 Iraner sowie 105.000 Iraker (Cleveland 2004: 419). Der Krieg verschlang hunderte Milliarden Dollar bei gleichzeitigen Rückschlägen bei Ölförderung und -export und einem generellen Niedergang der zivilen Wirtschaft und Entwicklung (Cleveland 2004: 419). Anderen Schätzungen zufolge kamen in dem Krieg 800.000 bis zu einer Million Menschen um (Bierling 2010: 15; International Crisis Group 2010).

Der Krieg endete ohne Gewinner. Die Islamische Republik Iran bestand weiter. Der Irak war kriegsbedingt besonders bei Saudiarabien und Kuwait stark verschuldet. Darin ist auch die Grundlage für den Auftakt zum Krieg Saddam Husseins gegen Kuwait zu finden (Schäbler 2003: 249-250).

Dabei interpretierte Saddam Hussein die Ölpreispolitik Kuwaits und anderer Golfstaaten als feindlichen Akt, weil dadurch der Irak Öleinnahmen verlor. Daraufhin griff er 1990 Kuwait an, dessen Grenzen und teilweise auch dessen Existenzrecht nie vom Irak wirklich anerkannt worden waren (Cleveland 2004: 479-480; Schäbler 2003: 250). Der Irak kontrollierte nunmehr insgesamt 20 Prozent der weltweiten Ölreserven mit Hilfe von einer Million Soldaten, der viertgrößten Streitmacht der Welt. Saddam Hussein brachte das regionale Gleichgewicht ins Wanken und bedrohte die pro-amerikanischen Staaten des Nahen Ostens. Der Iran und die Sowjetunion stellten sich gegen diese Invasion (Bierling 2010: 15, 18-19).

Die Besetzung Kuwaits wurde sowohl von den Vereinten Nationen als auch der Arabischen Liga verurteilt. Nach Verstreichen eines Ultimatums des UN-Sicherheitsrats kam es zu einem militärischen Eingreifen seitens der USA. Saddam Hussein erlitt eine Niederlage, konnte sich aber weiter an der Macht halten. Diese wurde nun allerdings auch verstärkt im Irak selbst in Frage gestellt: Sowohl die Kurden als auch die Schiiten rebellierten gegen Saddam Hussein, der jedoch die Aufstände niederschlagen ließ. Das Bündnis zur Befreiung Kuwaits unterstützte die Rebellion durch eine Flugverbotszone, um Giftgaseinsätze aus der Luft wie in Halabja zu verhindern (Schäbler 2003: 250-251). Die Angst vor einem weiteren Giftgaseinsatz veranlasste geschätzte 1,5 bis zwei Millionen Kurden (International Crisis

Group 2010) zur Flucht in die Türkei und den Iran. Dabei starben mindestens 20.000 Kurden. Im Südirak wurden Aufständische von irakischen Streitkräfte hingerichtet (Cleveland 2004: 485-486). Im Krieg selbst waren vermutlich mindestens 82.000 irakische Soldaten und 7.000 Zivilisten gestorben (Cleveland 2004: 488).

Den kurdischen Truppen gelang es jedoch nach Einführung der Flugverbotszone in einem Gebiet bestehend in etwa aus den Provinzen Arbil, Dohuk und Sulaymaniyah (FH o.J. 2011) einen weitgehend selbstständigen Machtbereich zu etablieren. Dort konnten auch die PKK (Kurdische Arbeiterpartei) aus der Türkei sowie die KDP-Iran und Komala Militärbasen errichten (International Crisis Group 2010).

In der UN-Sicherheitsratsresolution 687 wurden die Bedingungen für den Waffenstillstand festgelegt. Die Sanktionen in Bezug auf Lebensmittel und andere wichtige Güter für den ausschließlich zivilen Bedarf wurden sofort aufgehoben. Aber der Irak wurde auch aufgefordert, alle Massenvernichtungswaffen sowie alle nuklearen, chemischen und biologischen Kampfstoffe bis zum Mai 1991 dem UN-Inspektionsteam zu übergeben. Dann würde das Exportverbot, wobei vor allem der Export von Öl eine große Rolle spielte, aufgehoben. Falls dies nicht geschähe, blieben die Sanktionen in Kraft – was in der Tat bis 2003 der Fall war (Cleveland 2004: 486-487). Das aufgefundene Waffenarsenal war größer und weiter entwickelt als erwartet. Der Irak verweigerte immer wieder die Besichtigung von Anlagen bzw. machte falsche Angaben. Dies nährte bei den USA den Verdacht, dass der Irak nicht alle Fakten offenlegte. Der UN-Sicherheitsrat hob daher die Sanktionen nicht auf, auch wenn diese die humanitäre Lage im Irak stark negativ beeinflussten. Unterdessen lebten Saddam Husseins Familie sowie enge Verbündete mittels Instrumentalisierung¹ der Sanktionen in Luxus (Cleveland 2004: 488-490). Nachdem sich der Irak weigerte Waffeninspektoren der United Nations Special Commission on Disarmament (UNSCOM) ins Land zu lassen, führten die USA 1998 Luftanschläge durch (Cleveland 2004: 521-522).

Die Sanktionen gegen den Irak sowie die Suche nach angeblichen Massenvernichtungswaffen brachten Saddam Hussein stark in Bedrängnis. Das Festhalten an der Macht wurde zum alleinigen Zweck seiner Politik. Die Bevölkerung hatte unter all dem zu leiden (Schäbler

¹ Bierling beziffert die an das Regime in Bagdad ergangenen Bestechungsgelder durch Firmen aus Ländern, die sich für ein Ende der Sanktionen einsetzten, mit 1,8 Milliarden Dollar. Das Geld wurde für den Machterhalt sowie den Bau von Palästen verwendet. (Bierling 2010: 27)

2003: 251; BBC News 2011). Von 1979 bis 2003 ließ Saddam Husseins Regime bis zu einer Million Iraker (Oppositionelle, Kurden, Schiiten) ermorden (Bierling 2010: 215).

Die Invasion 2003 „Operation Iraqi Freedom“ (Cleveland 2004: 547) angeführt von amerikanischen und britischen Truppen brachte das Regime Saddam Husseins letztendlich zu Fall (BBC News 2011b).

Ausgehend von völlig falschen Annahmen über die Lage im Irak nach der Eroberung hatte laut Bierling US-Verteidigungsminister Rumsfeld ausdrücklich das Planen der Stabilisierung der Lage und des „Nation Building“ untersagt, so dass mit derartigen Maßnahmen viel zu spät und in zu kleinem Umfang begonnen wurde. Außerdem rächte es sich, dass er über die Köpfe der Militärs hinweg auf eine viel kleinere US-Streitmacht (245.000 statt 500.000 Mann) bestanden hatte, als die USA 1991 ohne eine geplante Besetzung des Irak eingesetzt hatten. So konnten sich Kriminelle und Aufständische auch aus den Waffenlagern der irakischen Streitkräfte bedienen, um damit unter anderem auch die Koalitionstruppen anzugreifen. Die sich ausbreitende Rechtlosigkeit brachte die irakische Mittelklasse, die für das „Nation Building“ gebraucht worden wäre, gegen die Besetzung auf (Bierling 2010: 121-122, 113-115, 123-124). Dazu kamen zwei entscheidende Eingriffe der USA in die irakische Sicherheits- und Verwaltungsstruktur: Es wurde nicht nur die Baath-Partei verboten, sondern auch alle höherrangigen Parteimitglieder entlassen, auch wenn diese zum Teil unfreiwillig Mitglieder gewesen waren. Unter den 25.000 bis 65.000 Betroffenen waren z.B. auch LehrerInnen. Zudem wurden entgegen der Vorschläge des US-Militärs die gesamten Streitkräfte, Geheimdienste etc. aufgelöst. Unter den Entlassenen befanden sich auch solche, welche durchaus mit den USA kooperiert hätten (Bierling 2010: 131, 133-134, 136).

„Auf jeden Fall trugen die beiden Erlasse zum Entstehen eines Reservoirs Hunderttausender Arbeitsloser und Verzweifelter bei, aus dem Verbrecherorganisationen, die sunnitischen Aufständischen, die religiösen Milizen und Dschihadisten Anhänger rekrutieren konnten.“ (Bierling 2010: 135)

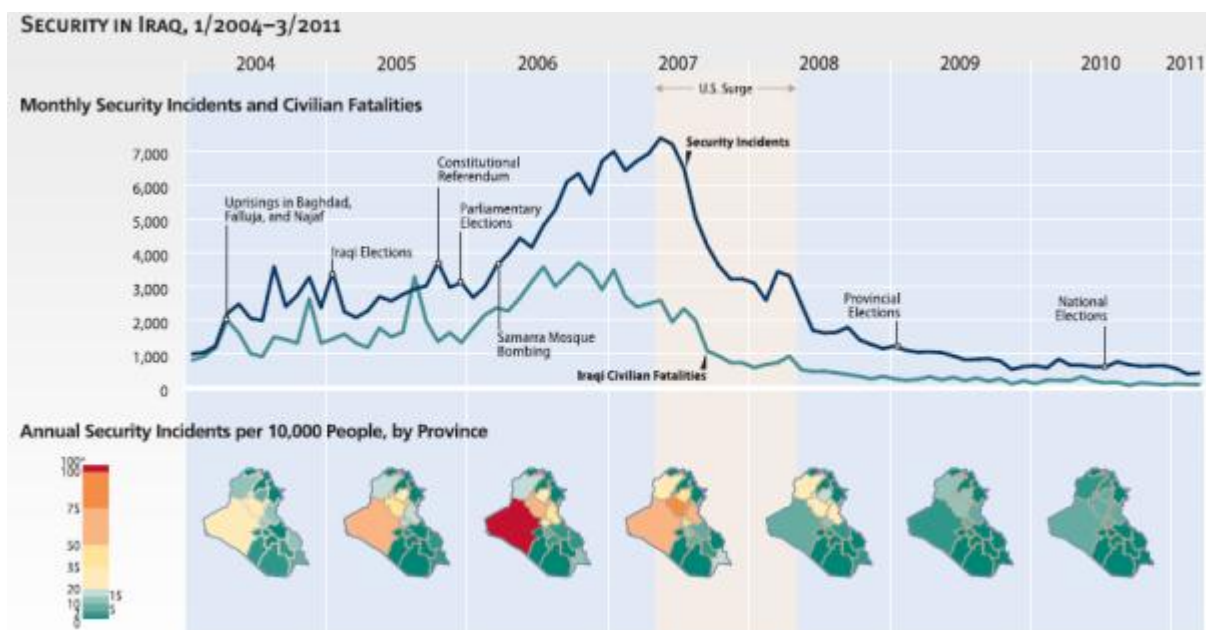
Erst Jahre später wurden diese Maßnahmen modifiziert und einem Teil der Betroffenen eine Rückkehr in ihren alten Beruf ermöglicht (Bierling 2010: 191).

Darüber hinaus brachten die Koalitionstruppen große Teile der Bevölkerung durch unverhältnismäßige Gewalt bei der Bekämpfung der Aufständischen gegen sich auf. Private Sicherheitsfirmen operierten im rechtsfreien Raum und fielen durch ihre Rücksichtslosigkeit auf. Allen voran der Folterskandal von Abu Ghraib schadete dem Ansehen der USA. Die

vielzitierten Massenvernichtungswaffen wurden nie gefunden (Bierling 2010: 137, 139, 148-150, 155-156).

Die Zuversicht im Irak schwand unterdessen angesichts vermehrter Bombenanschläge durch Aufständische. Im Zuge dieser Angriffe starben zuweilen hunderte Zivilisten und Sicherheitskräfte an einem Tag (BBC News 2011). Der Aufbau neuer Sicherheitskräfte schritt nur langsam voran. Mit dem Bombenanschlag von Al Qaida auf den schiitischen Asykariya-Schrein in Samarra im Februar 2006 eskalierte die Gewalt „zu einem offen ausgetragenen Bürgerkrieg“, und führte zu einem Kreislauf von Gewalt und Gegengewalt zwischen Sunniten und Schiiten mit Selbstmordanschlägen, Vertreibungen, Attentaten, „Ehrenmorden“ etc. Ganze Stadtteile z.B. von Bagdad wurden von konfessionellen Milizen übernommen (Bierling 2010: 188, 170, 172). Die amerikanischen und irakischen Truppen hatten nur mehr kleine Gebiete der Stadt unter Kontrolle. Im Fernsehen riet das irakische Verteidigungsministerium den Bürgern, der Polizei nur zu gehorchen, wenn sie Koalitionstruppen dabei hätte, denn das Innenministerium war teilweise von schiitischen Milizen unterwandert (Bierling 2010: 183, 170, 172).

Security in Iraq, 1/2004-3/2011



Quelle: CSIS - Center for Strategic & International Studies (Anthony H. Cordesman): Iraq in Transition: Security, Iraqi Forces and US Security Aid Plans, 02.08.2011, S. 9: http://csis.org/files/publication/110802_iraq_security.pdf Zugriff am 31.08.2011

Im Juni 2004 erging die Machtübergabe an eine Übergangsregierung und sieben Monate später erfolgten die ersten Mehrparteienwahlen seit 50 Jahren, die aufgrund eines Boykotts

der Sunniten (Bierling 2010: 169) in einer schiitisch dominierten Koalition resultierten (BBC News 2011b). Der Boykott verhinderte einen sunnitischen Einfluss auf die politischen Entscheidungen, z.B. die Formulierung der Verfassung, was wiederum zu einem vermehrten Zuspruch für die Aufständischen führte. Bei den fast gewaltfrei verlaufenen Parlamentswahlen 2005² beteiligten sich bereits mehr Sunniten. Die ethnische oder konfessionelle Zugehörigkeit bestimmte großteils das Wahlverhalten der Iraker/innen. Auch ihre Einbeziehung in die Nationale Einheitsregierung 2006 in Reaktion auf die steigende Gewalt änderte nichts an der insgesamt pro-schiitischen Regierungslinie. Aber selbst die drei schiitischen Regierungsparteien divergierten in wichtigen Fragen z.B. zur Rolle des Iran im Irak oder der Religion im Staat und wetteiferten um Einfluss in den Ministerien und im Sicherheitsapparat. Premierminister al-Maliki versuchte wiederholt schiitisch-sunnitische Brigaden zu unterbinden, aus Angst vor einem stärkeren Einfluss der Sunniten nach einem US-Abzug (Bierling 2010: 169-170, 187-188).

Währenddessen flohen 1,8 Millionen Iraker/innen aus dem Land und 1,6 Millionen wurden zu Vertriebenen im eigenen Land:

„Innerhalb weniger Jahre verlor der Irak große Teile der gebildeten Mittelschicht, darunter die Hälfte der Ärzte.“ (Bierling 2010: 174)

Der rasche Prozess und die darauffolgende Hinrichtung von Saddam Hussein trugen nicht, wie erhofft, zur Beruhigung der Lage bei (Bierling 2010: 179-180).

Ein Aufstocken der US-Truppen („surge“) im Jahr 2007 (Bierling 2010: 184-185), sowie die Einbeziehung von gemäßigten Stammesmitgliedern in den Kampf gegen die Aufständischen nach Waffenstillständen mit 779 Milizen (Bierling 2010: 186) und ein verbessertes irakisches Militär führten schließlich 2008 zu einer Trendwende bei der Sicherheitslage und zu weniger Anschlägen (BBC News 2011b). Aber die Regierung Premierminister al-Malikis war nicht in der Lage, die Verbesserung der Sicherheitslage für die Lösung grundsätzlicher politischer Probleme zu nützen:

² Die ersten Mehrparteienwahlen führten zu einer Übergangs-Nationalversammlung. Die Parlamentswahlen Ende 2005 waren die ersten Wahlen nach der Bestätigung der Verfassung per Referendum. (BBC News 2011c)

„Ein kleiner Lichtblick war, dass oft in letzter Minute noch Kompromisse erreicht wurden und die Sicherheitskräfte wuchsen und zunehmend professioneller wurden“ (Bierling 2010: 199; siehe auch 210-211).

Die Provinzwahlen im November 2008 waren die friedlichsten seit März 2003, und die Konfessionszugehörigkeit beeinflusste bei weniger Iraker/innen die Wahlentscheidung. Die verbesserte Sicherheitslage führte zu einem Wahlsieg von al-Malikis Partei (Bierling 2010: 205).

Die auf den 7. März 2010 verschobenen Parlamentswahlen waren vom Ausschluss von beinahe 600 Kandidaten sowie 25 Parteien überschattet, denen ohne Vorlage von Beweisen von der Wahlkommission eine Nähe zum früheren Baath-Regime vorgeworfen wurde. Unter den Ausgeschlossenen war auch der damalige sunnitische Verteidigungsminister. Die Glaubwürdigkeit des Ausschlusses litt in den Augen der Sunniten darunter, dass der Leiter der Wahlkommission ein schiitischer Wahlkandidat mit einem Naheverhältnis zum Iran war. Deshalb wurde dies als Maßnahme der schiitischen Regierungsparteien zur Gewinnung eines Vorteils bei den Wahlen auf Kosten der Sunniten verstanden. Hinzu kamen Anschläge mit dem Ziel der Destabilisierung der Lage vor den Wahlen und die Spannungen zwischen den kurdischen und zentralirakischen Truppen. Letzteres konnten die USA mittels Aufstellung gemeinsamer kurdisch-zentralirakisch-amerikanischer Patrouillen teilweise entschärfen. Die Wahlen verliefen trotzdem relativ friedlich und die Wahlbeteiligung – auch der Sunniten – lag über 60 Prozent. Nach den Wahlen entstand allerdings ein Machtvakuum, welches ein vermehrtes Durchführen von Anschlägen ermöglichte. Die Regierungsbildung zog sich wegen des knappen Ergebnisses zwischen den Parteien des ehemaligen Premierministers Allawi und des amtierenden Premiers al-Maliki hin (Bierling 2010: 211-212, 214). Die beiden lagen auch nach der Regierungsbildung in Zwist, und die vereinbarte Machtaufteilung funktionierte nicht wie geplant (BBC News 2011a; Zenith 2011).

In der irakischen Politik spielten weiterhin Gewalttaten mit konfessionellem Hintergrund und/oder Bezug zu den Aufständischen, Korruption (Rang 175 von 178 laut Transparency International) und externe Akteure eine Rolle (FH o.J. 2011).

Die Autonomieregion Kurdistan (KRG), deren Bewohner/innen ca. 20 Prozent der irakischen Gesamtbevölkerung ausmachten, durchlief seit 1991 eine eigene Entwicklung. Mittlerweile ist sie ein eigenes politisches Gemeinwesen „mit eigener Flagge, Militär und Sprache“ (FH o.J. 2011). Trotz des Bekenntnisses zum Irak behielt die KRG gegen den Widerstand Bagdads ihre eigene Linie bei. Außerdem standen kurdische Sicherheitskräfte entlang einer „de facto Grenze“ zum Zentral- und Südirak (FH o.J. 2011).

Im Frühjahr 2011 protestierten tausende Iraker gegen die weit verbreitete Arbeitslosigkeit, Korruption und Verstöße gegen die Menschenrechte. Sie verlangten zudem bessere Lebensmittelrationen und ein Ende der Stromausfälle. Die Gouverneure der Provinzen Basra, Babel und Wasit traten daraufhin zurück (Niqash 2011. Siehe auch: Zenith 2011). Die Zentralregierung führte jedoch Einschränkungen für öffentliche Proteste in Bagdad ein. Laut Human Rights Watch starben bei dem gewaltsamen Vorgehen der Sicherheitskräfte landesweit am 24. Februar 2011 12 Demonstranten. Mehr als 100 Journalisten und unbewaffnete Protestierende wurden verletzt. Auch in Sulaymaniyah (KRG) gingen die Sicherheitskräfte gegen die Proteste und gegen Journalisten vor, und auch dort kam es wie in Bagdad zu einem Angriff von bewaffneten Personen in Zivilkleidung gegen Demonstranten (HRW 2011b. Siehe auch: Zenith 2011).

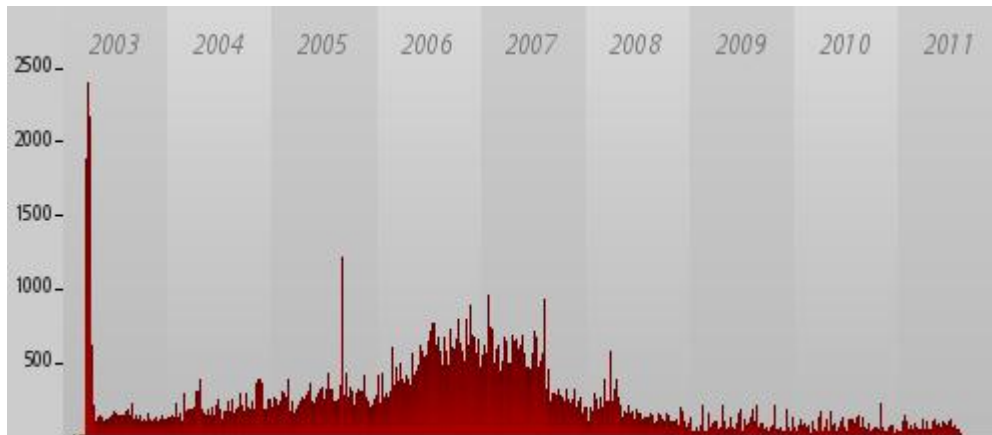
Im Juni 2009 waren die US-Truppen aus den irakischen Städten abgezogen und im August 2010 erfolgte der Abzug der amerikanischen Kampftruppen aus dem Land. Mit Ende 2011 haben planmäßig alle US-Militärs den Irak verlassen. Es wird allerdings davon ausgegangen, dass die irakischen Streitkräfte noch zehn Jahre brauchen werden, um die Sicherheit eigenständig gewährleisten zu können (BBC News 2011b).

2. Die Sicherheitslage (Stand: 31.08.2011)

Folgende Abbildung zeigt die Zahl getöteter Zivilisten seit 2003:

Documented civilian deaths from violence

102,344 – 111,861



Quelle: Iraq Body Count: Documented civilian deaths from violence, Stand 6.08.2011: <http://www.iraqbodycount.org/database/>; Zugriff am 31.08.2011

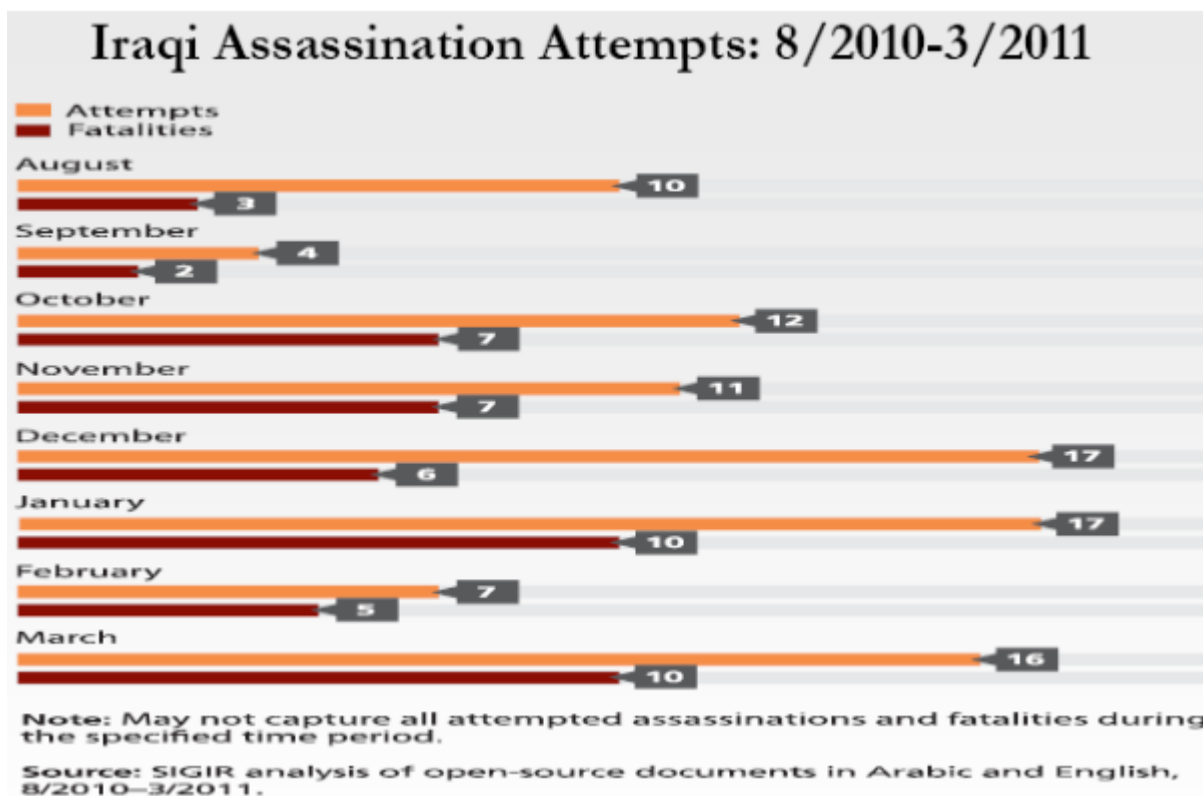
Mossul blieb laut Iraq Body Count im Jahr 2010, umgerechnet auf seine Einwohnerzahl von geschätzten 1,8 Millionen, vor Bagdad (ca. 6,5 Mio. Einw.) die Stadt mit der meisten Gewalt. In absoluten Zahlen gab es jedoch nach dem offiziellen Ende der US-Kampfeinsätze die meisten Gewalttaten in Bagdad (Iraq Body Count 2010; Siehe auch: BAMF 2011, Der Standard 2011). Im Südirak hingegen sind Anschläge bei gleichzeitiger Skepsis über die Nachhaltigkeit der dortigen Sicherheitslage relativ selten geworden (The Guardian 2010). In Dohuk (Nordirak) und Muthanna (Südirak) gab es 2010 keine sicherheitsrelevanten Ereignisse. Die offiziellen irakischen Zahlen zu getöteten Zivilisten sind normalerweise niedriger als die von Iraq Body Count (BAMF 2011: 1). Die Liste von Anschlagzielen ist noch immer lang:

„Unter den regelmäßigen Angriffszielen sind schiitische Zivilisten und Pilger, sowie religiöse Stätten in verschiedenen Gebieten und religiöse und ethnische Minderheiten hauptsächlich in den Provinzen Ninewah und Kirkuk (Jesiden, Turkmenen, Schabak und Kaka'i) sowie die christliche Minderheit hauptsächlich in Ninewah, was auch die 5000 Christen mit einschließt, die Anfang 2010 aus Mossul vertrieben wurden.

Zielpersonen von Angriffen sind besonders Regierungsfunktionäre und -angestellte, Parteienvertreter, Mitglieder der Erweckungsräte oder der Söhne des Irak, Mitglieder der ISF [irakische Sicherheitskräfte] – auch außerhalb des Dienstes, religiöse und ethnische Minderheiten, sunnitische und schiitische Kleriker, Journalisten, Akademiker, Ärzte, Richter und Anwälte, Menschenrechtsaktivisten sowie Iraker, die für NGOs oder USF-I [US-Forces - Iraq] und ausländische Firmen arbeiten, Alkoholverkäufer (gewöhnlich Christen oder Jesiden), Frauen und Menschen mit LGBT-Orientierung.“ (UNHCR 2010. Siehe auch: HRW 2011a. Ähnlich auch: BAMF 2011)

In letzter Zeit konnte beobachtet werden, dass anstelle von großen Bombenanschlägen, vermehrt gezielte Attentate auf Mitglieder des Staatsapparats, z.B. hohe Militärs, verübt wurden. (Cordesman 2011b: 17):

Iraqi Assassination Attempts: 8/2010-3/2011



Quelle: CSIS - Center for Strategic & International Studies (Anthony H. Cordesman): Iraq in Transition: Security, Iraqi Forces and US Security Aid Plans, 02.08.2011, S. 17: http://csis.org/files/publication/110802_iraq_security.pdf; Zugriff am 31.08.2011

Mittlerweile gibt es laut offiziellen Gehaltslisten mit Stand 31. März 2011 rund 191.500 Armeeangehörige sowie rund 513.030 Polizisten, wobei dies nicht die aktuelle Einsatzstärke

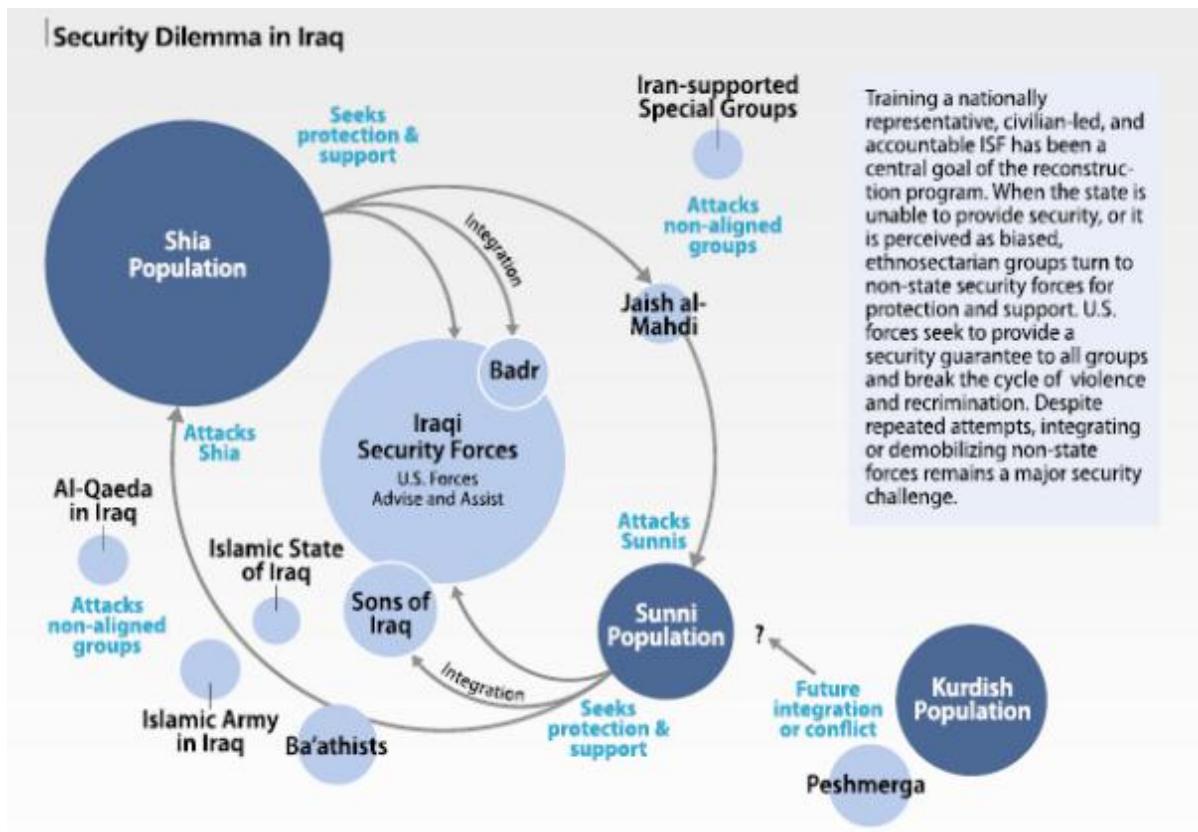
repräsentiert.³ Im Jahr 2010 wurden 652 Mitglieder der Streitkräfte und 962 Polizisten im Einsatz getötet. 2.204 bzw. 1.347 wurden jeweils verletzt (USDOS 2011).

Auch wenn das Misstrauen zwischen Sunniten und Schiiten noch immer ein Faktor ist, so wurden im Jahr 2010 keine neuen Vertreibungen von Sunniten und Schiiten bekannt. Es kam hingegen zu gegen Christen gerichteten Vertreibungen in Mossul und Bagdad. Die Zahl der inner- und außerhalb des Landes lebenden Vertriebenen wird noch immer auf mindestens drei Millionen geschätzt (United States Commission on International Religious Freedom 2011).

Es gibt aber nach wie vor ein komplexes Muster von bewaffneten Gruppen und Sicherheitskräften auf Basis ethnisch-konfessioneller Gruppenzugehörigkeiten:

³ Cordesman 2011b: 27. Für eine Bewertung der Ausbildung und Fähigkeiten dieser Sicherheitskräfte siehe: Cordesman 2011b: 30-32.

Security Dilemma in Iraq



Quelle: CSIS - Center for Strategic & International Studies (Anthony H. Cordesman): Iraq in Transition: Security, Iraqi Forces and US Security Aid Plans, 02.08.2011, S. 14: http://csis.org/files/publication/110802_iraq_security.pdf; Zugriff am 31.08.2011

Erschwerend kommt hinzu, dass der Streit zwischen der Zentralregierung und der kurdischen Autonomieregierung um die sogenannten „umstrittenen Gebiete“ weiterhin ungelöst vor sich hinschwelt. Das Gebiet, welches sich von der syrischen bis zur iranischen Grenze erstreckt, beherbergt eine große ethnische Vielfalt⁴ und verfügt über reiche Ölvorkommen. In Kirkuk, dem Zentrum des Konflikts, wurden die Spannungen durch die Präsenz von US-Truppen gelindert und die Wahl eines Turkmenen zum Vorsitzenden des Provinzrates glättete die Wogen noch weiter (Hiltermann 2011). Doch genau die Kirkuk-Frage ist entscheidend für die weitere Entwicklung des Irak (Hiltermann 2010).

⁴ Für Details zur Lage der Minderheiten in den „umstrittenen Gebieten“ siehe z.B.: United States Commission on International Religious Freedom 2011.

Die gesamte Sicherheitslage im Irak gilt weiterhin als instabil, und die in den letzten Jahren durchgeführten Verbesserungen sind für den Fall des vollständigen US-Abzugs mit Fragezeichen zu versehen (BAMF 2011: 4).

3. Wirtschaft

Der Irak verfügte ab den 1970er Jahren über eine Planwirtschaft mit einem gewissen Freiraum für die Privatwirtschaft. Saddam Hussein hatte bereits 1972 die Irakische Ölgesellschaft nationalisiert und die Ölgewinne für Industrievorhaben verwendet. Es wurden ein Sozialsystem, ein kostenloses Gesundheitssystem sowie Hochschulausbildung und Alphabetisierungsprogramme eingeführt, welche zur Einflussnahme auf die Bevölkerung genutzt wurden. Zusätzlich wurden Arbeitsplätze geschaffen, so dass das Regime bei vielen Irakern an Akzeptanz gewann. In den 1970er Jahren verbesserten sich zudem die rechtliche Lage der Frauen und ihr Zugang zu Bildung und Arbeit (Schäbler 2003: 248):

„In den 1970er-Jahren also schien der Irak, nominell unter al-Bakrs, de facto aber unter Saddam Hussein, auf dem besten Wege, ein Musterfall für die Entwicklung eines Dritt-Welt-Landes zu sein. 30 Jahre später, vor Ausbruch des Krieges am 20. März 2003, war der Irak, immer noch unter Saddam Hussein, ökonomisch am Boden, und in der internationalen Politik ein Pariah. Was war schief gegangen? Der Schlüssel liegt in Saddams gewalttätiger und riskanter Außenpolitik (Schäbler 2003: 249).“

Die Kriege und die Sanktionen schaden der irakischen Gesellschaft und Wirtschaft in verheerendem Ausmaß. Die verbleibenden Reste der Wirtschaft überstanden den Krieg 2003 bzw. die anschließende Gewalt größtenteils nicht (BBC 2011a).

Die mittlerweile verbesserte Sicherheitslage und der Beginn ausländischer Investitionen fördern die wirtschaftliche Aktivität, besonders in den Bereichen Energie, Bau und Handel (CIA 2011). Doch in Bezug auf die Kaufkraft liegen im regionalen Vergleich nur der Jemen und der Sudan hinter dem Irak zurück (WPI 2010b). Im Zeitraum von 2004 bis 2008 half UNDP dem Irak mit 451 Millionen USD (UNDP 2009b).

Die Ölvorkommen machten den Irak reich und als Saddam Hussein 1979 Präsident wurde, machte das Erdöl 95 Prozent der Deviseneinnahmen aus. Durch Rebellenangriffe auf die Erdölinfrastruktur entgehen dem Irak Milliarden Dollar an Einnahmen (BBC 2011a). Doch auch heute macht die Ölproduktion des Irak noch über 40 Prozent des BIP und 90 Prozent der Einnahmen der Regierung aus (BBC 2010). Aktuell werden im Irak, der laut OPEC über die drittgrößten Ölreserven der Welt verfügen soll, täglich 2,5 Mio. Barrel Öl gefördert. Trotz des Potentials und der Bestrebungen die Ölfördermenge zu erhöhen, stehen die Sicherheitslage und die schlechte Infrastruktur diesen Plänen im Weg (Forbes 2011).

Der zweitgrößte Wirtschaftssektor des Irak ist die Landwirtschaft, die 12 Prozent des BIP produziert. Dennoch ist der Irak gezwungen Nahrungsmittel aus dem Ausland zu importieren, weil die landwirtschaftliche Entwicklung und Produktivität durch das Erbe der Planwirtschaft des Baath-Regimes und veraltete Technologien behindert werden. Mit internationaler Hilfe wird seit 2003 an Verbesserungen gearbeitet (USDOS 2011a). Der Agrarsektor stellt neben dem Energiesektor eine der Hauptprioritäten des Entwicklungsplans der Regierung für die nächsten fünf Jahre dar (UK Border Agency 2011: 21).

Nach Aufhebung der UN-Sanktionen nimmt der Irak schrittweise die Handelsbeziehungen zur internationalen Gemeinschaft wieder auf und seit 2004 genießt der Irak Beobachterstatus bei der WTO (USDOS 2011a).

Der IWF prognostiziert für 2010/11 ein Wachstum des realen BIP um 7,3 Prozent. Laut IWF-Angaben aus dem Jahr 2009 betrug das BIP etwa 66 Mrd. USD, was einem Pro-Kopf-Einkommen von 2.100 USD entspricht. Im Vergleich dazu lag das Pro-Kopf-Einkommen im Jahr 2003 noch unter 500 USD und auch die Inflation sank von 65 Prozent im Jahr 2006 auf unter 6 Prozent im Jahr 2010. Etwa 35 Prozent der Staatseinnahmen werden für Subventionen von Lebensmitteln, Strom und Treibstoff ausgegeben, aber auch die Gehälter der Personen im Staatsdienst machen einen großen Teil der Ausgaben aus (AA 2010).

Die Region Kurdistan erhält 97 Prozent ihres Budgets von der Zentralregierung in Bagdad (UNDP 2009b). Aufgrund der unsicheren Sicherheitslage im Irak finden auch wirtschaftliche Aktivitäten ausländischer Investoren eher in der Region Kurdistan-Irak statt (AA 2010). Im Vergleich zum Süd- und Zentralirak machte der Nordirak eine eigene sozioökonomische Entwicklung durch. Nichtsdestotrotz ist auch hier die Wohnungs- und Arbeitsmarktsituation prekär und das Gesundheits- und Bildungssystem in einem schlechten Zustand (Looser 2010: 1).

4. Sozioökonomie

4.1 Gesundheitswesen

Das irakische Gesundheitssystem ist stark zentralisiert und in 118 Gesundheitsbezirke mit geringen eigenen Handlungsmöglichkeiten unterteilt. Der Schwerpunkt des Systems liegt in der Behandlung akuter Erkrankungen. Neben den öffentlichen, gibt es auch private medizinische Einrichtungen, wobei der Lohn in den öffentlichen Spitälern vergleichsweise niedrig ist. Zusätzlich besteht auch ein breites Angebot traditioneller, profitorientierter Heiler (Looser 2010: 4-5). Auf 1000 Einwohner kommen 0,5 praktizierende Ärzte und 1,3 Krankenhausbetten (WPI 2011).

42,8 Prozent der Frauen zwischen 16 und 18 sind bereits verheiratet, was zu einem hohen Risiko für Kinder- und Müttersterblichkeit führt (UNAMI Newsletter 2011: 3-4). Insgesamt sterben je 1.000 Lebendgeburten 41,68 Kinder. Trotz der Fortschritte in der Bekämpfung der Kindersterblichkeit, liegt die Rate im Irak im regionalen Vergleich am zweithöchsten (UNDP 2010).

Im Irak sind moderne medizinische Versorgung und Medikamente weithin nicht erhältlich. Aufgrund des Konflikts arbeiten einige medizinische Einrichtungen nicht, und die Lagerbestände von medizinischen Materialien sind stark dezimiert (USDOS 2011b).

Infolge von Militäroperationen oder direkten Angriffen Aufständischer wurden Spitäler beschädigt oder geschlossen. Dies hat Konsequenzen für die medizinische Versorgung: 2008 wurde berichtet, dass seit 2003 durch den Konflikt 2.200 Ärzte und Krankenschwestern getötet und 250 entführt wurden. Viele weitere wurden durch Drohungen bewaffneter Gruppen gezwungen ihren Beruf aufzugeben. Dies führte zu einem Mangel an ausgebildetem medizinischem Personal im Gesundheitssektor (UN Security Council 2011a: 10).

In der Autonomieregion Kurdistan (KRG) ist eine öffentliche Gesundheitsversorgung durch Primary Healthcare Centers vorhanden und kostengünstig, auch wenn sie in ländlichen Gebieten nicht immer einfach zu erreichen ist. Die Qualität der Leistungen ist uneinheitlich. In den Provinzhauptstädten existieren jeweils zwei Allgemeinkliniken, eine Kinderklinik und eine Frauenklinik. Auch die Distriktstädte verfügen über eigene Spitäler. Die Verfügbarkeit psychiatrischer Behandlungsplätze ist stark limitiert und die Versorgung mit Medikamenten stellt das Hauptproblem in Bezug auf die medizinische Versorgung dar (Looser 2010: 5-6,8).

4.2 Infrastruktur: Wasser und Strom

Sieben Jahre nach der Invasion wurden bereits Milliarden von Dollar in den Wiederaufbau der Infrastruktur gesteckt, aber das Ziel ist noch nicht erreicht (BBC 2010). Gemeinsam mit Partnerorganisationen helfen die Vereinten Nationen bei der Modernisierung und Reformierung der öffentlichen Infrastruktur, wie etwa Wasser- und Stromversorgung und der Aufbau sanitärer Einrichtungen (UN Security Council 2011b: 8).

Bisher sind nur etwa ein Viertel aller irakischen Haushalte an das öffentliche Kanalsystem angeschlossen, in ländlichen Gebieten sind es überhaupt nur zwei Prozent (UNDP 2010). 2010 veröffentlichte die Weltbank Zahlen, die belegen, dass nur weniger als 70 Prozent der Bevölkerung außerhalb Bagdads über Trinkwasser verfügen. Die Zahl kann sich in ländlichen Gebieten sogar auf 48 Prozent verringern. In manchen Gegenden ist Wasser nur am Abend verfügbar und in vielen Gegenden werden Wasserleitungen illegal angezapft. Aber auch in Bagdad bleiben 25 Prozent der Bevölkerung ohne Wasseranschluss und sind auf teure Alternativen wie Tankwagen angewiesen (BBC 2010).

Generell ist die Situation im Irak in Bezug auf Wasser als kritisch zu betrachten, wie etwa die Dürreperioden im Norden des Landes zeigen (UN Security Council 2011b: 8), die auch negativen Einfluss auf die Landwirtschaft hatten (UNDP 2009a).

Auch bezüglich Stromversorgung stellt sich die Lage nicht besser dar: Der Irak produziert nur 8.000 der benötigten 13 bis 15.000 Megawatt an Strom und erreicht somit nur 50 bis 60 Prozent des Bedarfs (BBC 2010). Viele Gebiete verfügen nur wenige Stunden am Tag über Elektrizität aus dem öffentlichen Stromnetz. Zusätzlich wird auf Generatoren zurückgegriffen (USDOS 2011b). Die schlechte Versorgung mit Elektrizität behindert auch die Wasserversorgung der Haushalte sowie die ökonomische Entwicklung des Landes (BBC 2010). Der Bau neuer Kraftwerke ist aber geplant, und es wurden bereits Aufträge dafür vergeben (AA 2010).

In der Autonomieregion im Norden sind die Versorgungsbedingungen besser (BBC 2010).

4.3 Unterkunft, IDPs und Flüchtlinge

Offiziellen Berechnungen zufolge mangelt es dem Irak an etwa 3 Millionen Wohneinheiten, besonders in der Autonomieregion Kurdistan, wo sich die Wohnungsproblematik aufgrund des Zustroms von IDPs aus anderen Teilen des Irak verschärfte. Durch staatliche Kredite, öffentlichen Wohnungsbau und Unterstützung des privaten Sektors in Bezug auf Bautätigkeit

soll dem Problem begegnet werden (Looser 2010: 2-3). Aufgrund des Mangels an Wohnungen verdoppelten sich die Preise für Häuser und Mieten in den letzten Jahren, dies gilt auch für die Region Kurdistan (AA 2010).

Von den geschätzten 1,3 Millionen IDPs werden 400.000, die obdachlos an 300 Orten verstreut leben, vom UNHCR und Partnerorganisationen betreut. Schätzungen legen nahe, dass noch mehrere hunderttausend irakische Flüchtlinge im benachbarten Ausland leben (UN Security Council 2011b: 9).

4.4 Beschäftigung und Versorgung

Etwa ein Viertel der Iraker lebt unter der Armutsgrenze (Cordesman 2011: 21). Laut einer Schätzung vom November 2008 sind etwa 3,1 Prozent der irakischen Haushalte oder 930.000 Menschen von Lebensmittelunsicherheit betroffen. Im Vergleich zur letzten Umfrage aus dem Jahr 2005 bedeutet dies eine merkliche Verbesserung. Damals waren noch 15,4 Prozent der Iraker von Hunger bedroht. Laut World Food Programme wären weitere 6,4 Millionen Menschen von Lebensmittelunsicherheit betroffen, wenn nicht Lebensmittelrationen im Rahmen des Public Distribution System (PDS) verteilt würden (BBC 2010).

Die Schätzungen zur Arbeitslosigkeit im Irak liegen zwischen 18 (UK Border Agency 2011: 21) und 50 Prozent (Looser 2010: 10). Auch darüber, wie viele Prozent der Bevölkerung von Unterbeschäftigung betroffen sind, gehen die Schätzungen auseinander und liegen zwischen 10 (UK Border Agency 2011: 21) und 28 Prozent (BBC 2010). Mit 30 Prozent liegt die Jugendarbeitslosigkeit im Irak etwa doppelt so hoch, wie die allgemeine Arbeitslosigkeit (UNDP 2010). Innerhalb der nächsten Dekade wird die Anzahl der ökonomisch aktiven Bevölkerung in der Altersgruppe von 15 bis 64 jene der abhängigen Bevölkerung unter 15 und über 64 Jahren übersteigen (IRIN 2011). Allerdings sind Jugendliche aufgrund der schlechten Arbeitsaussichten besonders anfällig für Armut und Lebensmittelunsicherheit (BBC 2010). Dies führt dazu, dass bei einer Umfrage aus dem Jahr 2009 33 Prozent der arbeitslosen Jugendlichen angaben, Arbeit im Ausland suchen zu wollen (IRIN 2011).

Im öffentlichen Sektor verdoppelte sich die Beschäftigung seit 2005, sodass mittlerweile 43 Prozent aller Arbeitsplätze im Irak und sogar 60 Prozent der Vollzeitbeschäftigungen dem öffentlichen Sektor zugerechnet werden können. Generell gibt es aufgrund der Dominanz des öffentlichen Sektors nur beschränkte Arbeitsmöglichkeiten in der Privatwirtschaft (BBC 2010).

Die meisten Firmengründungen sind dem informellen Sektor zuzurechnen. Einer Studie aus dem Jahr 2009 zufolge gibt es etwa 2,3 Millionen kleine und mittlere Unternehmen, davon ist etwa eine Million nicht registriert (WPI 2010a). Einer Schätzung aus dem Jahr 2008 zufolge arbeiten 21,6 Prozent der berufstätigen Iraker in der Landwirtschaft, 18,7 Prozent in der Industrie und 59,8 Prozent im Dienstleistungssektor (CIA 2011).

Nach dem öffentlichen Sektor bietet die Landwirtschaft die meisten Arbeitsplätze, was bedeutet, dass mindestens 15 Prozent der Iraker in der Landwirtschaft beschäftigt sind (USDOS 2011a).

Nur 18 Prozent der Frauen sind erwerbstätig (BBC 2010). Ihre Teilhabe am Arbeitsmarkt sank seit 2003 deutlich, zuvor waren etwa 40 Prozent der Angestellten im öffentlichen Dienst weiblich. Doch die instabile Sicherheitslage und der Zusammenbruch der öffentlichen Sozialleistungen verdrängten die Frauen aus dem Arbeitsmarkt (IRIN 2010), wodurch ihr Prozentsatz in Berufen außerhalb der Landwirtschaft bis 2008 von 11 auf 7 Prozent sank (UNDP 2010).

Das durchschnittliche Haushaltseinkommen betrug im Jahr 2007 etwa 800 Euro in der Stadt, auf dem Land hingegen nur 620 Euro (Looser 2010: 14).

Es gibt Sozialhilfeprogramme der irakischen Zentralregierung für eine Reihe von Personengruppen, die auch in der Autonomieregion Kurdistan (KRG) umgesetzt werden. Diese Programme sind allerdings nur bedingt als effektiv und zielgerichtet zu bezeichnen (Looser 2010: 18). Systematische, effektive Unterstützung speziell für IDPs gibt es nicht (Looser 2010: 19). Der Zugang von IDPs zu Arbeit, Versorgung sowie zu den Lebensmittelhilfen des Public Distribution System (PDS) aber auch der Erwerb von Eigentum hängen von der Registrierung ab, die unter Umständen auch aufgrund ethnischer oder religiöser Zugehörigkeit verweigert wird (BAMF 2011: 23).

4.5 Bildung

Obwohl der Schulbesuch kostenlos ist (USDOS 2011c), beträgt die Alphabetisierungsrate im Irak etwa 78 bis 84,1 Prozent bei Männern und nur 64,2 Prozent bei Frauen (WPI 2011).

Die Schulpflicht im Irak beträgt sechs Jahre und 89 Prozent der Schüler erreichen die fünfte Schulstufe (USDOS 2011c). Allerdings kommen auf 100 Buben, die eine Schule besuchen, nur 89 Schülerinnen. Ein Grund hierfür ist die steigende Armut, so dass Familien bevorzugt die Söhne in die Schule schicken. Dies führt einerseits zu sinkenden Zahlen bei der Einschreibung von Mädchen in die Schulen, andererseits aber auch zu höheren Raten beim

Ausscheiden aus dem Unterricht (IRIN 2010). Die durchschnittliche Dauer des Schulbesuchs beträgt bei Buben 11 und bei Mädchen 8 Jahre (CIA 2011).

Aber auch Sicherheitsbedenken spielen eine Rolle, wenn es darum geht, Kinder, besonders Mädchen, in die Schule zu schicken (IRIN 2010). Dies, obwohl die Anzahl der Angriffe auf Schulen 2010 zurückging (UNAMI 2011: 38). Neben direkten Angriffen auf Schulen kommt es auch zu Bedrohungen durch militante Gruppen (UN Security Council 2011a: 10). Nach Angaben von UNICEF wurde im Zuge der ersten fünf Jahre des Konflikts jede sechste Schule beschädigt oder komplett zerstört (UN Security Council 2011a: 9), und es kommt zu großen Engpässen bei der Ausstattung. Ein Drittel der Schulen ist aus Mangel an Infrastruktur, Lehrern und Unterrichtsmaterialien gezwungen, den Unterricht im Schichtbetrieb durchzuführen. Auch an sanitären Einrichtungen mangelt es in den meisten Schulen. Mit Hilfe der UNICEF konnte das irakische Unterrichtsministerium im Zeitraum zwischen 2008 und 2010 70 Schulen (wieder-)errichten und in 174 Schulen Wasser und sanitäre Einrichtungen installieren. Vom Aufstellen vorgefertigter Klassenzimmer in 13 Schulen profitierten insgesamt über 168.400 Kinder (UNAMI 2011: 38-39). Im Durchschnitt kommen in der Primarstufe 21 Schüler auf eine Lehrkraft, in der Sekundarstufe nur noch 19 (WPI 2011).

Die Verteilung der öffentlichen Mittel im Bildungsbereich führt zu einer Benachteiligung von Grundschulen, und Schulen in ländlichen Gebieten.

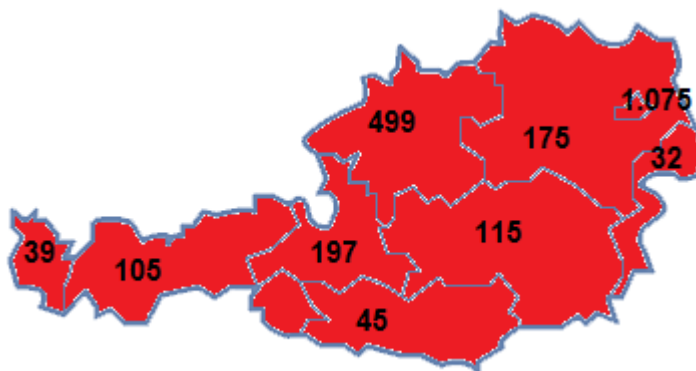
In der Autonomieregion Kurdistan (KRG) wurde das Schulsystem nach 2007 punktuell reformiert: die Lehrerausbildung wurde verbessert, neue Unterrichtsmaterialien eingeführt und es wurden Vereinheitlichungen durchgesetzt. Es sind 12 Schuljahre obligatorisch, die meist in überfüllten öffentlichen Schulen in den Dörfern absolviert werden. Derzeit gibt es in dieser Region 19 staatlich anerkannte höhere Bildungseinrichtungen und eine steigende Zahl privater Bildungseinrichtungen, deren Qualität und Ausstattung besser sind als im öffentlichen Sektor (Looser 2010: 14-16).

5. Irakische Community in Österreich

5.1 Demografische Daten

Zum Stichtag 1. Jänner 2011 lebten 2.282 Personen mit irakischer Staatsbürgerschaft in Österreich (Statistik Austria 2011). Die große Mehrheit dieser vergleichsweise kleinen Community, nämlich 1.075 Personen, lebte in Wien, gefolgt von Oberösterreich mit 499 Personen (Statistik Austria 2011a).

Irakische Bevölkerung nach Bundesland



Quelle: Statistik Austria 2011a; eigene Darstellung

5.2 Asylzahlen

Im Jahr 2010 stellten 336 irakische Staatsangehörige einen Antrag auf Asyl in Österreich (BMI Asylstatistik 2011: 5). Der Irak steht somit an zehnter Stelle der antragsstärksten Nationen. Im Vergleich der letzten zehn Jahre zeigt sich ein deutlicher Rückgang der Asylanträge seit 2004, welcher sich allerdings auch bei der Gesamtzahl aller Asylanträge ohne Differenzierung nach Staatsangehörigkeit wiederfindet.⁵ Der signifikante Anstieg an Anträgen im Jahr 2002 (4.466 Anträge) steht vermutlich in Zusammenhang mit der

⁵ Der Rückgang der Asylanträge seit dem Jahr 2004 ist auf die Erweiterung der Schengengrenzen in Folge des EU Beitritts zehn neuer Mitgliedsstaaten in diesem Jahr zu erklären, und resultiert nicht aus den Vorkommnissen in den Herkunftsländern der Asylwerber.

zunehmend prekären Situation im Irak in Folge der UN Sanktionen und der Zuspitzung der Lage ein Jahr vor der Invasion amerikanischer und britischer Truppen.

Asylanträge seit 2000 nach Staatsangehörigkeit Irak

Jahr	Anzahl der Asylanträge
2000	2.361
2001	2.118
2002	4.466
2003	1.446
2004	232
2005	221
2006	380
2007	472
2008	490
2009	399
2010	336
Gesamt	12.921

Quelle: Statistik Austria 2011b, eigene Darstellung

Zum Stichtag 1.März 2011 wurden folgende Entscheidungen bezüglich Asylanträgen irakischer Staatsangehöriger seitens der Asylbehörde für das Jahr 2010 getroffen (BMI Asylstatistik 2011: 5):

- 81 Anträge wurden rechtskräftig positiv entschieden, dies entspricht 34 Prozent der Gesamtzahl
- 108 Anträge wurden rechtskräftig negativ entschieden, dies entspricht 46 Prozent der Gesamtzahl
- 48 Anträge, bzw. 20 Prozent der Anträge entfielen auf sonstige Erledigungen⁶.

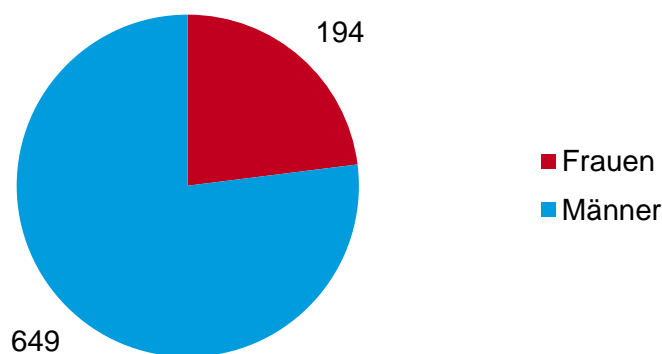
⁶ Unter sonstige Erledigungen werden Verfahren mit dem Ergebnis „Gegenstandslos-§25“, „ Zurückweisung“, „Einstellung-§24“ zusammengefasst (BMI 2010: 41).

5.3 Arbeitslosigkeit und Erwerbstätigkeit

Die statistisch belegte Tendenz, dass Personen mit nicht österreichischer Herkunft deutlich höher von Arbeitslosigkeit betroffen sind als Österreicher/innen spiegelt sich auch in der mit 23,6 Prozent signifikant hohen Arbeitslosenquote der Iraker/innen im August 2011 wieder (Sonderauswertung AMS).⁷

Bei den unselbständig Erwerbstätigen (gesamt: 843 Personen) zeigt sich eine deutlich höhere Beschäftigungsquote der Männer im Vergleich zu den Frauen, was eine mögliche Ursache im traditionellen Rollenverständnis vermuten lässt.

Vorgemerkte irakische unselbständig Beschäftigte nach Geschlecht August 2011



Quelle: Sonderauswertung AMS; eigene Darstellung

⁷ Im Vergleich dazu beträgt die Arbeitslosenquote 2010 bei österreichischen Staatsangehörigen 7 Prozent (migration & integration. zahlen.daten.indikatoren (2011): 57).

6. Literaturverzeichnis

AA – Auswärtiges Amt: Irak - Wirtschaftspolitik, November 2010, http://www.auswaertiges-amt.de/DE/Aussenpolitik/Laender/Laenderinfos/Irak/Wirtschaft_node.html, Zugriff 30.08.2011

BAMF – Bundesamt für Migration und Flüchtlinge: Irak - Zur Gefährdung der Zivilbevölkerung durch bewaffnete Konflikte, Informationszentrum Asyl und Migration, Juni 2011

BBC News:

2011a: Arab unrest: Iraq's struggle a warning for protesters, 25.04.2011: <http://www.bbc.co.uk/news/world-middle-east-13187181>; Zugriff am 28.07.2011

2011b: Country profile: Iraq, 21.05.2011, http://news.bbc.co.uk/2/hi/africa/country_profiles/791014.stm, Zugriff 29.08.2011

2011c: http://news.bbc.co.uk/2/hi/middle_east/737483.stm

BBC News: Iraq: Key facts and figures, 07.09.2010, <http://www.bbc.co.uk/news/world-middle-east-11095920>, Zugriff 30.08.2011

Bierling, Stephan: Geschichte des Irakkriegs – Der Sturz Saddams und Amerikas Albtraum im Mittleren Osten, München, 2010

BMI Asylstatistik 2011: http://www.bmi.gv.at/cms/BMI_Asylwesen/statistik/files/Asylstatistik_Jahresstatistik_2010.pdf

CIA: The World Factbook, 23.08.2011, <https://www.cia.gov/library/publications/the-world-factbook/geos/iz.html>, Zugriff 30.09.2011

Cleveland, William L.: A History of the Modern Middle East – Third Edition, Cambridge (MA), 2004

Cordesman, Anthony H.:

2011a: Iraq in Transition: Security, Iraqi Forces and US Security Aid Plans, CSIS - Center for Strategic & International Studies, 02.08.2011, S. 17: http://csis.org/files/publication/110802_iraq_security.pdf; Zugriff 31.08.2011

2011b: Iraq in Transition: Governance, Politics, Economics, and Petroleum, CSIS – Center for strategic and international Studies, 02.08.2011, http://csis.org/files/publication/110802_iraq_gov_econ.pdf, Zugriff 29.08.2011

Der Standard (Online-Ausgabe): Selbstmordattentäter im Rollstuhl, 26.06.2011: <http://derstandard.at/1308679695164/Selbstmordattentaeter-im-Rollstuhl>; Zugriff 29.06.2011

Forbes: Schlumberger, Others Gain From Iraqi Oil Expansion, 16.06.2011, <http://www.forbes.com/sites/greatspeculations/2011/06/16/schlumberger-others-gain-from-iraqi-oil-expansion/>, Zugriff 31.08.2011

FH - Freedom House, Freedom in the World - Iraq (2011), o.J.: <http://freedomhouse.org/template.cfm?page=22&year=2011&country=8058>; Zugriff 5.09.2011

Hiltermann, Joost: Of Blood, Oil and Kurdistan. In: The National Interest, 02.06.2011: In: International Crisis Group: <http://www.crisisgroup.org/en/regions/middle-east-north-africa/iraq-syria-lebanon/iraq/hiltermann-of-blood-oil-and-kurdistan.aspx>; Zugriff 20.06.2011

Hiltermann, Joost: Thank Goodness for Iraq's Census Disaster, 8.10.2010. In: Foreign Policy: <http://www.crisisgroup.org/en/regions/middle-east-north-africa/iraq-syria-lebanon/iraq/hiltermann-thank-goodness-for-iraq-census-disaster.aspx>; Zugriff 13.10.2010

Hiltermann, Joost: The 1988 Anfal Campaign in Iraqi Kurdistan, 3.02.2008, S. 12, 7. In: Online Encyclopaedia of Mass Violence: http://www.massviolence.org/IMG/article_PDF/The-1988-Anfal-Campaign-in-Iraqi-Kurdistan.pdf; Zugriff 02.09.2011

HRW - Human Rights Watch:

2011a: Iraq, World Report 2011, 24. Januar 2011: http://www.ecoi.net/local_link/153275/269211_de.html; Zugriff am 5.09.2011

2011b: Protest Organizers Beaten, Detained, 02.06.2011: http://www.ecoi.net/local_link/161239/280006_de.html; Zugriff 05.09.2011

International Crisis Group: Iraq Conflict History, Stand: Jänner 2010: http://www.crisisgroup.org/en/key-issues/research-resources/~/link.aspx?_id=e1e8134a13a04c1bbcfc718344af4b00&_z=z; Zugriff 02.09.2011

Iraq Body Count: Documented civilian deaths from violence, Stand 06.08.2011:
<http://www.iraqbodycount.org/database/>; Zugriff 31.08.2011

Iraq Body Count: Iraqi deaths from violence in 2010, 30.12.2010:
<http://www.iraqbodycount.org/analysis/numbers/2010/>; Zugriff 31.08.2011

IRIN - Integrated Regional Information Network: No country for women, 28. November 2010
http://www.ecoi.net/local_link/150558/266267_de.html, Zugriff 31.08.2011

IRIN - Integrated Regional Information Network: Youth unemployment driving emigration,
20. Juli 2011, http://www.ecoi.net/local_link/163248/282456_de.html, Zugriff 31.08. 2011

Looser, Marco: Die sozioökonomische Situation im Nordirak, Schweizerische Flüchtlingshilfe,
Mai 2010

migration & integration. zahlen.daten.indikatoren (2011): Statistik Austria, BM.I (Hrsg.). Wien.
2011

Niqash: What has the 100 day initiative really achieved?, 08.06.2011:
<http://www.niqash.org/content.php?contentTypeID=75&id=2852&lang=0>; Zugriff 18.07.2011

Schäbler, Birgit: Vergangenheit und Zukunft des Irak. [In: Gewerkschaftliche Monatshefte,
Bd. 54, Nr. 04, 2003], S. 243-253: <http://library.fes.de/gmh/main/pdf-files/gmh/2003/2003-04-a-243.pdf>; Zugriff 24.08.2011

Statistik Austria (2011a): Bevölkerung nach Staatsangehörigkeit und Geburtsland.
http://www.statistik.at/web_de/statistiken/bevoelkerung/bevoelkerungsstruktur/bevoelkerung_nach_staatsaenghoerigkeit_geburtsland/index.html

Statistik Austria (2011b): Asyl. http://www.statistik.at/web_de/statistiken/bevoelkerung/wanderungen/asyl/index.html

Sonderauswertung AMS-DWH-AMB/mon_besch_alq (27.09.2011, ME): Bestand
unselbständig beschäftigter und arbeitsloser IrakerInnen nach dem Geschlecht und
Bundesländern. August 2011

The Guardian (Online-Ausgabe): Basra in southern Iraq has been transformed - thanks to oil,
11.10.2010: <http://www.guardian.co.uk/world/2010/oct/11/basra-iraq-oil-city-transformed>;
Zugriff 14.10.2010

UK Border Agency: Country of Origin Information Report; Iraq, 25.03.2011

UNAMI – UN Assistance Mission for Iraq: 2010 Report on Human Rights in Iraq, Jänner 2011

UNAMI Newsletter: Youth Report - Address the needs of Iraqi youth says Melkert, Juli 2011, http://www.uniraq.org/FileLib/misc/Newsletter_July2011_en.pdf, Zugriff 30.08.2011

UNDP – UN Development Programme: Report acknowledges need for development in Iraq, 10.08.2010, <http://www.beta.undp.org/undp/en/home/presscenter/pressreleases/2010/08/10/report-acknowledges-need-for-development-in-iraq.html>, Zugriff 30.08.2011

UNDP – UN Development Programme:

2009a UNDP helps drought-stricken Iraq combat effects of climate change, 16.12.2009, <http://www.beta.undp.org/undp/en/home/presscenter/articles/2009/12/16/undp-helps-drought-stricken-iraq-combat-effects-of-climate-change.html>, Zugriff 30.08.2011

2009b UNDP to aid Kurdistan Region Government, 06.05.2009, <http://www.beta.undp.org/undp/en/home/presscenter/articles/2009/05/06/undp-to-aid-kurdistan-region-government-with-budget-planning-and-execution.html>, Zugriff 30.08.2011

UNHCR - UN High Commissioner for Refugees: Note on the Continued Applicability of the April 2009 UNHCR Eligibility Guidelines for Assessing the International Protection Needs of Iraqi Asylum-Seekers, Juli 2010.

UN Security Council:

2011a Report of the Secretary-General on children and armed conflict in Iraq, 15.06.2011

2011b Second report of the Secretary-General pursuant to paragraph 6 of resolution 1936 (2010), 31.03.2011

WPI – Wirtschaftsplattform Irak: Her mit den Zahlen, 21.03.2011, <http://www.wp-irak.de/index.php/wirtschaft/74-datenbank-wirtschaft/520-her-mit-den-zahlen>, Zugriff 30.08.2011

WPI – Wirtschaftsplattform Irak:

2010a Mittelstand im Irak: klein, aber noch nicht fein, 13.07.2010, <http://www.wp-irak.de/index.php/wirtschaft/40-ueberblick-a-zahlen/433-der-mittelstand-im-irak-klein-aber-noch-nicht-fein->, Zugriff 30.08.2011

2010b Mode im Irak: Die falsche Zara, 05.07.2010, <http://www.wp-irak.de/index.php/wirtschaft/40-ueberblick-a-zahlen/428-mode-im-irak-die-falsche-zara>, Zugriff 30.08.2011

United States Commission on International Religious Freedom: Annual Report, Mai 2011: <http://www.uscirf.gov/images/book%20with%20cover%20for%20web.pdf>; Zugriff am 03.09.2011

USDOS – U.S. Department of State:

2011a Background Note: Iraq, 02.05.2011, <http://www.state.gov/r/pa/ei/bgn/6804.htm>, Zugriff 30.08.2011

2011b Iraq Country Specific Information, 02.05.2011, http://travel.state.gov/travel/cis_pa_tw/cis/cis_1144.html, Zugriff 31.08.2011

2011c: 2010 Human Rights Report, 08.04.2011

Zenith – Zeitschrift für den Orient (Online-Ausgabe): Gipfel der Krise, 30.06.2011: <http://www.zenithonline.de/deutsch/politik/artikel/gipfel-der-krise-002013/>; Zugriff 01.07.2011